Svenja Stadler/Stephan Klecha

**Umgang mit der Herausforderung AfD**

1. Die SPD ist wie die anderen demokratischen Parteien gefordert, bei der AfD offen gegenzuhalten. Es geht nicht darum, deren Funktionäre zu bekehren. Die gesellschaftlichen Debatten der Mehrheit unterscheiden sich von den Debatten jener, die im Augenblick der AfD folgen. Die bestehende Kommunikationsbarriere muss durchbrochen werden. Das Versprechen der Demokratie ist die Teilhabe aller an der Gesellschaft.
2. Wir müssen kurzzeitig die AfD zur Kommunalwahl stoppen. Darauf sind die Arbeitsmittel auszurichten. Darüber hinaus analysieren wir im Lichte aller Wahlen Ende 2016 nochmals in Ruhe, wie wir mittelfristig die AfD stellen werden.
3. Im Vorwege aller Maßnahmen ist es wichtig, von einer unabhängigen Expertin oder einem unabhängigen Experten (z. B. aus Politikwissenschaft, Soziologie etc.) Hintergrundwissen über die AfD zu erhalten. Was sind deren Beweggründe, Überzeugungen, Ziele? Wer sympathisiert mit der AfD und warum? Eine Einordnung der Partei und ihrer (potenziellen) Wählerschaft in den historischen und gesellschaftlichen Kontext ist wichtig.
4. Für die Auseinandersetzung mit den Argumentationsversatzstücken der AfD brauchen wir ArgumentationsCards, welche kurz und knapp diese entkräften. Daran arbeitet das Willy-Brandt-Haus gegenwärtig. Im Internet brauchen wir in gleichem Maße Angebote, die Falschinformationen entkräften (ähnlich wie [mimikama.at](http://mimikama.at)). Eine gemeinsame Plattform der Bundes-SPD wäre hilfreich, ansonsten wäre hier der Landesverband in Hinblick auf die Kommunalwahl gefordert.
5. Auch die Diskussion in den sozialen Netzwerken müssen wir führen. Wer uns mit Halbwahrheiten, Lügen oder Hassbotschaften konfrontiert, muss damit rechnen, dass wir ihn zum Gespräch einladen. Ziel ist es, das Gespräch Auge in Auge wieder zu fördern und Debatten aus der Anonymität des Internets herauszuholen. Parallel dazu sind wir gefordert, für die Debatten in den sozialen Netzwerken Hilfe zu organisieren. Wann immer Diskussionen auf Posts unserer Mandatsträger, Funktionsträger oder einfachen Mitglieder entstehen, in denen die Stereotypen reproduziert werden, auf deren Nährboden die AfD aufsetzt, müssen andere solidarisch beistehen. Für diese Art der Onlinedebatte müssen wir im Bildungsprogramm der PBN die Angebote verändern.
6. Wir sind im Kommunalwahlkampf gefordert, den Bürgerinnen und Bürgern in verständlicher Sprache deutlich zu machen, dass Politik die Lebensrealitäten von Menschen verbessert. Das heißt, überall, wo wir Verantwortung tragen, klar (auf Plakaten, in unseren Programmen und Flugblättern) darstellen, was wir in den letzten fünf Jahren geschafft haben (z.B. x neue Arbeitsplätze, x neue Kindertagesstättenplätze, x neue Wohnungen). Am besten ist, wenn wir dies durch Bilderwelten emotionalisieren und dadurch deutlich machen, wie wir konkret den sozialen Zusammenhang stärken.
7. Ferner kommt es im Kommunalwahlkampf darauf an, dass wir nicht der AfD die Themensetzung überlassen. Wir müssen die Agendasetzung aktiv betreiben. Wir müssen deutlich machen, um welche kommunalen Themen es geht. Gerade deswegen kommt es darauf an, dass wir die Wahlprogramme der AfD aufmerksam lesen und die Sympathisanten der AfD mit den Forderungen konfrontieren und unsere Position dagegensetzen. Weil eine Kommunalwahl nach anderen Regeln als eine Bundes- oder Landtagswahl abläuft, sollten wir diejenige Kommunalwahl genau analysieren, die unter vergleichbaren Bedingungen abgehalten wird. Daher brauchen wir im April/Mai eine Fachtagung, bei der wir mit ausgewählten Vertreterinnen und Vertretern der hessischen SPD über deren Erfahrung aus der Kommunalwahl am 6.3.2015 sprechen.
8. Für die Qualifizierung zur Auseinandersetzung mit der AfD und ihren Positionen brauchen wir eine Multiplikatorenschulung. Mit der FES und der PBN ist zu besprechen, wie dieses aussehen kann. Zielsetzung ist, für jeden UB mindestens zwei Ansprechpartner zu qualifizieren, um dann in den Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften vor Ort dieses Wissen weiterzugeben. Dieses muss zeitlich vor der Sommerpause abgeschlossen werden.
9. Die SPD muss von denjenigen, die sich zu unserer Demokratie bekennen, jetzt verlangen, dass sie Farbe bekennen. Das schließt ein aktives Werben um neue Mitglieder ein, damit wir in mehr sozialen Milieus die Auseinandersetzung mit den Gedanken der AfD-Anhänger aufnehmen können. Gleichzeitig sind wir gefordert, neue Mitglieder in unsere Partei zu integrieren und SPD als sozialen Zusammenhang zu reaktivieren.
10. Wir müssen das Modell unserer Demokratie offensiv darstellen. Demokratie ist nicht allein das Mehrheitsprinzip, sondern die Demokratie lebt davon, wie sie die Gewalten begrenzt, wie sie Minderheiten schützt und wie sie unterschiedlichen Interessen gerecht wird.